

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

13.3.1931 (No. 61)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfach  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. A. U. N. D.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, bei als Kassenabatt gilt und vermerkt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizip. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auspörrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentraltaxi-Zeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Lage der Reichspost

#### Der Reichspostminister vor dem Ausschuss

W.D. Berlin, 13. März. (Tel.) Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde am Freitag der Etat des Postministeriums beraten. Reichspostminister Dr. Schäkel leitete die Aussprache mit Ausführungen über die Lage der Deutschen Reichspost ein.

Der Minister erörterte zunächst die auf die Weiterführung der Verwaltungsreform und der Rationalisierung hinielenden Maßnahmen. Die erzielten Ersparnisse belaufen sich für die Zeit von 1927 bis heute auf rund 178 Millionen Reichsmark. Anfang 1929 waren bei der Deutschen Reichspost insgesamt 805 000 beamtete Kräfte beschäftigt, dagegen Ende September 1930 239 500 Kräfte. Die Abnahme des Personals innerhalb dieser Zeit beträgt rund 20,6 Proz. Während also gegenüber 1913 die Einnahmen der Deutschen Reichspost um 140 Proz. zugenommen haben, hat sich der Personalstand innerhalb dieser Zeit nur um 19,6 Proz. vermehrt. Während des letzten sehr lebhafte Weihnacht- und Neujahrsverkehrs wurde von über 200 000 Tonnenteilen abgehoben und dafür vorübergehend 23 000 Tonnenteile eingesetzt.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Deutschen Reichspost im Sommer v. J. im Betrage von 200 Millionen Reichsmark hat wesentlich zur Belebung des Arbeitsmarktes beigetragen. Von September v. J. bis heute wurden dadurch rund 64 500 Arbeitskräfte vor der Arbeitslosigkeit bewahrt.

Seit etwa Juni v. J. haben aber die Folgen der allgemeinen Wirtschaftskrise auch bei der Deutschen Reichspost in einem sehr starken Maße eingeleitet. Es zeigt sich aber seit einigen Monaten die bemerkenswerte Tatsache, daß die Spanne des Einnahmerückgangs bleibt, woraus nach den allgemeinen Konjunkturbeobachtungen der Schluss gezogen werden kann, daß der Tiefstand der Depressions bei der Deutschen Reichspost seit einiger Zeit erreicht ist. Das Einnahme-Gesamt für 1931 beträgt 2130 Millionen Reichsmark, die Ablieferung an das Reich hieraus 127,8 Millionen Reichsmark.

Für 1931 sind im allgemeinen die gleichen Ausgabeleistungen wie für 1930 vorgesehen. Angesichts der gesunkenen Einnahmen konnten diese aus dem Betriebe selbst nicht finanziert werden, und es ergab sich die Notwendigkeit einer Anleihe von 90 Millionen Reichsmark für die Inbetriebnahme. Die Mittel für das im vorigen Jahr aufgestellte Arbeitsbeschaffungsprogramm sind noch für längere Zeit nicht verbraucht, vielmehr laufen die Lieferungsverträge fast alle noch. Die durch die Kürzung der Gehälter entstehenden Ersparnisse in Höhe von rund 62 Millionen Reichsmark werden an die Reichskasse abgeliefert werden.

### Die Politik der Wirtschaft

#### Hermann Röbling für die Regierung Brünning

W.D. Köln, 13. März. (Priv.-Tel.) Die „Köln. Zig.“ bringt einen längeren Artikel Hermann Röblings, der sich mit der Politik der Wirtschaft beschäftigt und in dem u. a. gefaßt wird:

In unserer großen Wirtschaftskrise ist die zur Zeit zu beobachtende Zweipoligkeit der Politik unserer Wirtschaft gefährlich. Ebenso gefährlich ist es, wenn die Parteien, die die Wirtschaft vertreten wollen, ihren eigentlichen politischen Zielen die wirtschaftlichen Interessen opfern. Ist die sich seit 1929 jetzt wiederholende Politik der Deutschnationalen ganz unverständlich, so ist es die der Nationalsozialisten nicht weniger. Heute, wo wir eine Regierung haben, die den Anfang mit der Ausgabenlenkung macht und es fertig bringt, nicht nur im eigenen Haushalt erhebliche Ersparnisse zu machen, sondern auch die Länder und Kommunen zur Sparsamkeit zu zwingen, wird trotzdem in der Öffentlichkeit angenommen, daß ein Teil der Wirtschaft statt die hinter der Regierung stehenden Parteien zu unterstützen, diese im Stich läßt.

Welche wirtschaftliche Katastrophe von ungeheurerem Ausmaß die Folge des Zusammenbruchs unseres kapitalistischen Systems wäre, weiß jeder Wirtschaftsführer. Daß vernünftige Industriele wesentliche Summen eigenen Geldes in das nationalsozialistische Unternehmen stecken, halte ich für ausgeschlossen, denn dazu gehörte doch Vertrauen in die Solidarität dieses Unternehmens — und bei welchen Leuten kann dieses Vertrauen vorhanden sein? Auch Hitler — fährt Röbling fort — würde nicht anders verfahren können als es Brüning kann. Gegenseitiges Vertrauen ist das Fundament jeder Volksgemeinschaft, ist aber auch das Fundament jedes außenpolitischen Erfolges in den großen Fragen der europäischen Entlohnung und einer Neuordnung des neuen Planes, und dazu gehört nüchternes, verantwortungsbewußte Arbeit und nicht Geschrei und Geschimpfe.

### Eine Entschärfung des Rätekongresses

#### Schutz der russischen Ausfuhr

W.D. Moskau, 13. März. (Tel.) Der Rätekongress nahm einstimmig eine Entschärfung an, in der die Außen- und Innenpolitik der Regierung voll gebilligt wird.

Er beauftragt die Regierung, an der Friedenspolitik auch künftig unerschütterlich festzuhalten, die wirtschaftlichen Verbindungen und Beziehungen mit anderen Staaten auszubauen und gleichzeitig die Verteidigung der Sowjetunion und die Macht der russischen Armee zu stärken. Der Kongress verpflichtet die Regierung, scharfe Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr aus den Ländern zu treffen, die versuchen, den sowjetrussischen Ausfuhrhandel lahmzulegen unter dem Vorzeichen von Zwangsarbeit. Der Kongress stellt mit Verteidigung die Erfüllung und Übererfüllung des Fünfjahresplans fest und betrachtet das laufende Jahr als entscheidend für die Verwirklichung des Fünfjahresplans und als Jahr der Vollendung des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion.

### Letzte Nachrichten

#### Heute Zollvorlage im Reichsrat

##### Vorausichtlich Einspruch gegen Brotgetreide und Gefrierfleisch-Einfuhr

W.D. Berlin, 13. März. (Tel.) Heute abend hält der Reichsrat eine Vollsitzung ab, in der die neue Zollvorlage verabschiedet und über die Reichstagsbeschlüsse zum Brotgetreide und zur Gefrierfleisch-Einfuhr entschieden werden soll. Die Entscheidung darüber wird in einer neuen Ausschusssitzung vorbereitet, die kurz vor der Vollsitzung stattfindet. Man rechnet damit, daß der Reichsrat gegen die Reichstagsbeschlüsse Einspruch einlegen wird, wenn die Mehrheit dafür auch knapp sein wird.

Im Reichstag tagten auch am heutigen Freitagvormittag wieder zahlreiche Ausschüsse. Der Geschäftsordnungsausschuss nimmt u. a. zu der Frage Stellung, ob gegen den Abg. Dr. Goebels (Nat.-Soz.) der Erlass eines Haftbefehls genehmigt werden soll, und ob ferner die gegen die Abgeordneten Münchmeier (Nat.-Soz.) und Frau Blum (Komm.) verhängten Freiheitsstrafen vollstreckt werden sollen. Im Plenum wird nachmittags die Aussprache zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt.

#### Das Osthilfegesetz

W.D. Berlin, 13. März. (Tel.) Die Osthilfegesetze sind heute dem Reichstag als Drucksache zugegangen. In den drei schon bekannten Streitpunkten mit dem Reichsrat, der Einbeziehung Schleswig-Holsteins in die Entscheidung, der Einbeziehung des Reichsrates bei der Industrieamt und der Zusammenfassung des Aufsichtsrates der Bank, fand dem Reichstag Doppelvorlagen gemacht worden. In der Einleitung legt die Regierung ihre vom Reichsrat abweichende Stellungnahme dar.

Über die Behandlung der Osthilfe im Reichstag wird gemeldet, daß zunächst die geschäftsordnungsmäßigen Fragen eingehalten werden müssen, irgendwelche Finanzmaßnahmen noch in dieser Woche also ausgeschlossen ist. Eine erste Beratung kann frühestens am Montag stattfinden, wenn die Gesetze nicht gleichzeitig dem Ausschuss überwiegen werden.

#### Keine Reichstagsvertagung bis zum Herbst

W.D. Berlin, 13. März. (Tel.) Es gilt jetzt bereits als sicher, daß eine Vertagung des Reichstages bis zum Herbst nicht erfolgt. Das gegenwärtige Arbeitsprogramm des Reichstages besteht in der Hauptsache aus dem Etat, der Osthilfe und der Zollvorlage. Es wird jedenfalls bis Ende März erledigt werden. Es bleiben dann aber noch zahlreiche Vorlagen, wie die Wahlreform, das Disziplinarrecht für die Beamten, das Beamtenvertretungsgesetz u. a., deren Zurechtfindung bis in den nächsten Monaten noch für wünschenswert gehalten wird. Im Reichstag dürfte eine breite Mehrheit für die Fortsetzung der Reichstagsarbeiten vorhanden sein. Man glaubt, daß auch die Regierung sich schließlich damit abfinden wird. Es ist nicht nur mit einer Reichstagsvertagung im Laufe des Mai zu rechnen, sondern der Reichstag wird voraussichtlich auch nach Pfingsten im Juni noch einmal zu einer Tagung zusammentreten.

#### Das Befinden Hermann Müllers weiter ernst

W.D. Berlin, 13. März. (Priv.-Tel.) Der Zustand des früheren Reichstanzlers Hermann Müller ist weiterhin ernst. Die für heute vormittag vorgesehene Operation ist aufgeschoben worden. Die Untersuchung durch die Professoren Vordardt, Langer und Sondel ergab, daß in Anbetracht des Allgemeinzustandes des Patienten von einem operativen Eingriff zur Zeit Abstand genommen werden müsse. Die nächste Konsultation ist für heute abend vorgesehen.

#### Das Urteil im Hohenbirkener Prozeß

Im Prozeß wegen der Hohenbirkener Terrorakte gegen die Deutschen in Ostpreußen-Oberhessen fällt das Gericht in Hohenbirk die Urteile. Zwei Angeklagte wurden zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt, die anderen Angeklagten wurden sämtlich auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß die Strafen deshalb so niedrig angefallen seien, weil ihnen lediglich eine mittelbare Beteiligung an den Vorgängen nachgewiesen werden konnte, während bei den anderen Angeklagten der Freispruch eintritt, weil die Beweisaufnahme ihre Schuld nicht einwandfrei ergeben habe. Gleichzeitig erkannte das Gericht den Geschädigten ein Schmerzensgeld zu, das sich zwischen 100 und 1000 Tloty bewegt.

Deutschland in der Europakommission. In das Organisationskomitee der Studienkommission für die europäische Union wird als deutscher Vertreter Staatssekretär z. D. von Simson entsandt werden. Curtius reist jetzt nach Paris.

Demission des österreichischen Landwirtschaftsministers. Der Reichsbauernbund hielt eine Sitzung ab, in der der Obmann Thaler seinen Resignation bekanntgab, von seinem Posten als Landwirtschaftsminister zurückzutreten.

Tod der Witwe von Jean Jaurès. Die Witwe des am Vortage des Krieges ermordeten französischen Sozialistenführers Jean Jaurès ist in Paris gestorben.

Genderson vermittelt zwischen Italien und Frankreich. Wie „Times“ meldet, ist Genderson beauftragt, das mit der Flottenvereinbarung begonnene Werk durch eine zwischen Paris und Rom herbeizuführende allgemeine Verständigung über alle schwebenden politischen Fragen (hauptsächlich der afrikanischen Frage) zu ergänzen.

### Wirtschaftliche Umschau

#### Für die deutsche Wald- und Holzwirtschaft — Die Konzentration des Geldwesens in Berlin — Überfremdung ausländischer Werte

Der Badische Landtag hat gestern Anträgen zur Hilfe für die inländische Wald- und Holzwirtschaft zugestimmt. Die Regierung soll bei der Reichsregierung darauf hinweisen, daß bei der Zollgesetzgebung und den Handelsverträgen Rücksicht auf die Notlage der Waldwirtschaft genommen wird und bei der Reichsbahn auf eine entsprechende Tarifpolitik. Bei allen öffentlichen Bauten soll in erster Linie inländisches Holz verwendet und auch auf die privaten Bauunternehmer in diesem Sinn eingewirkt werden, dadurch, daß Zuschüsse und Baudarlehen aus öffentlichen Mitteln nur unter entsprechenden Bedingungen gegeben werden.

Es handelt sich hier um eine für die private, die öffentliche Wirtschaft und die deutsche Volkswirtschaft überhaupt recht wichtige Frage. Die Holzvorräte der deutschen Waldungen bilden das bisher noch am wenigsten angegriffene Reservkapital der Länder und Gemeinden und auch der Landwirtschaft. Sie werden unter den heutigen Verhältnissen immer mehr entwertet. Rußland treibt unter Raubbau an seinen Waldungen und unter billigen Löhnen ein Dumping, das den internationalen Markt mit einem großen Überangebot an Holz belastet und auch Polen und die Tschechoslowakei sehen sich dadurch gezwungen, sich diesen niedrigen Preisen anzupassen. Dies wird als die Hauptursache der Notlage der deutschen Holzwirtschaft angesehen und von Waldbesitzerseite erklärt, daß unsere Holzeinfuhr, gemessen an den gegenwärtigen Verhältnissen, viel zu groß sei. Die Folge sei eben, daß das deutsche Holz im Walde liegen bleibe und bedeutende Nutzholzmengen ins Brennholz wandern.

Es werden deshalb vor allem ein besserer Zollschutz für deutsches Holz und Tarifvereinfachungen verlangt, wobei erklärt wird, daß eine mäßige Preisbefestigung das Bauen nicht unwirtschaftlich machen, und daß das auf den Holzabsatz nach Deutschland zum Teil bringende angewiesene Ausland einen Teil des deutschen Holzeinfuhrzolls tragen werde. Weitere Forderungen sind ein Verwendungszwang für Inlandholz bei allen öffentlichen und bei öffentlichen Mitteln geförderten Bauten einzuführen und den Holzbauweisen, gerade im Hinblick auf die Schaffung billiger Kleinwohnungen, mehr Aufmerksamkeit als bisher zuzuwenden. Alle diese Fragen wurden im Landtag ausführlich behandelt. Was eine Förderung der Holzbauweisen anlangt, so wäre doch ein Zusammengehen der größtenteils daran sehr interessierten Gemeinden das Gebührende. Während der Zollhöfungen die handelspolitischen Gesichtspunkte nicht außer acht zu lassen sind, (im Zusammenhang mit den deutsch-russischen Industrieverhandlungen ist die gestrige Entschärfung des Moskauer Rätekongresses zu beachten), können sich kaum irgendwelche Schwierigkeiten den letzten beiden Forderungen entgegenstellen, es seien denn Widerstände aus Interessentkreisen, die sich aber volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu unterordnen haben. Es ist sogar vorgekommen, daß Flachbauten im Eisenstättchen (der nur bei Hochhausbauten notwendig ist), unter Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln ausgeführt wurden. Ebenso ist es mit der angeblichen Unerschlichkeit ausländischer Hölzer. Es kann gefaßt werden, daß aus deutschem Holz fast alles Notwendige hergestellt werden kann, wenn sich auch in Fensterrahmen, die ja gestrichen werden, und Fußböden da und dort gesunde Äste vorfinden. Außerdem werden von Fachleuten sogar einzelne Auslandsholzarten als ausgebrochen minderwertig bezeichnet. Nur gewisse Industrien, wie die Sperrplatten-, Fournier-, Klebklebindustrie sind auf ausländische Hölzer angewiesen. Der unnötige und unwirtschaftliche Luxus mit ausländischen Hölzern steht im Widerspruch zu der mit Recht immer wieder betonten Notwendigkeit, daß das deutsche Volk mehr als bisher lernen müsse, sich nach der Dede seiner Volkswirtschaft zu strecken. Wir geben im Jahr mehrere hundert Mill. Reichsmark für ausländische Hölzer aus. Daß wir an Papierholz einen Zuschuß aus dem Ausland brauchen, ist nicht zu bestreiten, aber auch hier scheint der vom Waldbesitz verlangte Erstverwendungsanspruch für deutsches Papierholz, das zur Zeit fast unverkäuflich ist, durchführbar.

Somit sich die Holzindustrie gegen die Erhöhung der Zölle für Rund- und Schnittholz wendet, muß jedoch auch auf einige Argumente eingegangen werden. Sie er-

klart, daß die mehrfach vom Ausland geforderte Senkung dieser Zölle nur dadurch zurückgewiesen werden konnte, daß Zugeständnisse auf dem Gebiet der Holzwarenzölle, also zugunsten der Holzverarbeitenden Industrie gemacht wurden, wie beim Handelsabkommen mit Finnland die Erfüllung der landwirtschaftlichen Zollwünsche Senkungen der deutschen Zölle für finnländische Holzwaren zur Folge hatte. Auch glaubt die Holzindustrie, daß durch günstigere Zahlungs- und Stundungsbedingungen, wie sie vielfach in der Vorkriegszeit bestanden, der Absatz von Holz aus den deutschen Wäldern gefördert werden könne.

Die Einstellung mancher unitarischer Blätter zeigt wieder einmal die „Voss. Ztg.“, welche Auslassungen der Bayerischen Handelsbank als „Fandbriefpartikularismus“ bezeichnet hat, weil das Institut in seinem Geschäftsbericht auf die Gefahren und Nachteile der immer weiteren Konzentration des Geldwesens in Berlin, nun auch im Realcredit im Hinblick auf die starke Erweiterung der nunmehr den größten Teil der norddeutschen Hypothekendarlehen umfassenden Gemeinschaftsgruppe hingewiesen hatte. Der Bericht wandte sich auch gegen das Ziel, einen „Zentralpfandbrief“ für ganz Deutschland zu schaffen, was die Herrschaft über die Realcreditmittel und deren Verteilung in die Hände einiger weniger „Zentralstellen“ bedeuten und eine wirtschaftlich gerechte und individuelle Verteilung unmöglich machen würde. Die „Voss. Ztg.“ ist aber nun vom preussischen Minister für Volkswohlfahrt belehrt worden, wenn das Blatt überhaupt zu belehren ist. Der Minister erklärt sich in einem Erlaß gegen die weiteren Zusammenlegungswünsche im privaten Hypothekendarlehenwesen und weist (im Hinblick auf die Einbeziehung der einzigen schlesischen Hypothekendarlehenbank in das Zentral-Boden-Konzern, Ähnliches scheint in Thüringen auf dem Weg zu sein), auf die besonderen Aufgaben des Realcredits in den Ostgebieten Preußens, die Gefahren einer monopolistischen Tendenz und einer Aufsaugung heute nützlicher und lebensfähiger Institute hin. Es handelt sich hier um eine Frage von allgemeiner Bedeutung, zumal man in einer weiteren Konzentration der Hypothekendarlehen auch kaum ein geeignetes Mittel zur Kreditverbilligung sehen kann.

Die Frage, was aus den Berliner städtischen Elektrizitätswerken, den größten kommunalen Elektrizitätswerken Deutschlands und der Welt werden soll, hat zu ausführlichen Erörterungen prinzipiellen Charakters geführt. In den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege waren überall in Deutschland die Gemeinden bemüht, Versorgungsbetriebe, wie Gaswerke, Straßenbahnen, die seinerzeit ausländische Gesellschaften unter Zuerkennung bestimmter Konzessionen errichtet hatten, in ihre Hand zu bekommen, sowohl um der Allgemeinheit die Erträgnisse zu sichern, wie, was damals häufig noch wichtiger war, um diese Werke zu modernisieren, den Bedürfnissen entsprechend auszubauen, die oft überalterten Anlagen niedriger halten zu können, und dabei durch größeren Umsatz doch bessere Erträgnisse zu erzielen. Vielfach hatten auch die ausländischen privaten Besitzer derartiger Werke im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf ihrer Konzessionen Neuinvestitionen zu deren Modernisierung abgelehnt, es sei denn, daß man ihnen neue Zugeständnisse gemacht hätte. Heute müssen überall, wo sie dazu imstande sind, die städtischen Werke, schon infolge der Finanznot der Gemeinden zur Erhöhung des Steuerertrags beitragen, d. h. sie werden auch im Hinblick auf fiskalische Gesichtspunkte bewirtschaftet.

In einer besonders schweren Finanzklemme befindet sich seit langen die deutsche Reichshauptstadt. Zunächst bestand der Plan, der im Besitz Preußens und des Reichs befindlichen Preussischen Elektrizitätsgesellschaft AG. (Praag) den Betrieb der Berliner städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke zu übertragen, wofür die Praag aus einer ausländischen 300-Millionen-Anleihe die schwebende Schuld Berlins erleichtern sollte. Dann trat für die Praag der internationale, hauptsächlich belgische Elektrotrost Sofina ein, der durch die ihm nahestehende deutsche Gesellschaft für elektrische Unternehmungen (Gesfurel) gegenwärtig noch mit Berlin verhandelt. Der Trust wird natürlich dabei bemüht sein, sich große Lieferungen zu sichern. Er verlangt ferner die Aktienmehrheit der „Bewag“, während an der Minorität die Stadt Berlin und die Praag beteiligt werden sollen. Es ist dabei darauf hinzuweisen, daß die Bewag eine Betriebsgesellschaft der Berliner städtischen Elektrizitätswerke ist, während das Eigentum an diesen Werken der Stadt (unter Umwandlung in eine besondere Aktiengesellschaft als Trägerin der Auslandsanleihe) wie bisher weiter verbleiben soll. Dabei handelt es sich um eine erheblich größere Anleihe, als diejenige, welche Praag verschaffen sollte (man spricht von 600 Millionen Reichsmark). Es entstanden jedoch verständliche Widerstände gegen die Pläne der Sofina und eine Übertragung der Aktienmehrheit der Bewag an sie, die zur Folge hatten, daß nun erneut auch wieder mit der Praag verhandelt wird, die freilich auch ausländisches Kapital heranziehen müßte.

Es handelt sich also so oder so darum, städtische Werke zur Kapitalbeschaffung im Ausland zu benutzen, was natürlich auch mit Hilfe deutscher, auch privater Gesellschaften, geschehen könnte. Auch in diesem Fall müßte sich aber jede Stadt im Interesse ihrer Einwohner und der deutschen Volkswirtschaft gegen willkürliche Festsetzung der Tarife sichern. Das ist nur unter der Bedingung denkbar, daß den Städten die Festsetzung und dauernde Kontrolle der Tarife verbleibt. Bekanntlich hat seinerzeit im Reichsverband der deutschen Industrie dessen Vertrauensmann Direktor Rehl, allerdings nicht ohne Widerspruch zu fin-

den, eine verantwortliche Anteilnahme ausländischen Kapitals an deutschen Unternehmen gefordert, um solches Kapital hereinzubekommen. In der deutschen Industrie ist das verschiedentlich auch verwirklicht worden, ohne daß es zu einer Überfremdung d. h. ausländischer Majorität bei diesen Gesellschaften kam. Bei öffentlichen Unternehmungen liegen aber die Dinge doch anders, als bei privaten Unternehmungen, zumal im Berliner Fall die Sofina sogar direkt die Majorität verlangt.

### Aus dem Reichstag Stegerwald über das Schlichtungs- und Tarifwesen

Im Reichstag wurde am Donnerstag die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums durch eine Rede des Reichsarbeitsministers Stegerwald eingeleitet. Der Minister ging in seinen Ausführungen nur auf die wichtigsten Spezialfragen seines großen Aufgabenbereichs ein, auf Lohnpolitik und Wohnungswesen. Dabei führte er u. a. aus, daß das staatliche Schlichtungs- und Tarifwesen seine Probe bestanden habe. Es müsse eine bestimmte Linie eingehalten werden, wenn nicht ein Lohnchaos entstehen soll. Es ist falsch, wenn man der staatlichen Lohnpolitik die Schuld an der Verschärfung der Wirtschaftskrise zuschiebt, da das staatliche Schlichtungs- und Tarifwesen auf die Affordolohnföhrungen, Kurzarbeit usw. keinen Einfluß hat. Der Reichsarbeitsminister erklärte, daß er sich, soweit das auf dem Wege der Schlichtung überhaupt möglich ist, nachdrücklich einer Senkung der Reallohne widersetzen werde. Nicht Kürzung der Reallohne ist der Sinn der Regierungspolitik, sondern die Senkung der Gestehungskosten. Die Wirkungen der Arbeitslosigkeit, der Kurzarbeit und der Lohnsenkungen hätten schon eine Kürzung der Einkommen um 10 v. H. herbeigeführt, während die Lebenshaltungskosten sich nur um 7,5 v. H. gesenkt hätten. Zur Lösung der Fragen wegen der Reform des Tarif- und Schlichtungswesens ist es, nach Ansicht des Ministers, absolut notwendig, daß in der nächsten Zeit Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften viel umfassender als bisher zusammenarbeiten. Wenn ein durchgreifender Erfolg den freiwilligen Bemühungen um eine Verminderung des Arbeitslosenheeres nicht beschieden ist, so müssen gesetzgeberische Vorschriften über Arbeitsfreudigkeit erlassen werden. Stegerwald ist im übrigen der Ansicht, daß bei Beschaffung einer Anleihe von 1-1½ Milliarden Reichsmark ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt werden könne, durch das 3-400 000 Menschen Beschäftigung finden würden. Zur Wohnungspolitik erklärte Dr. Stegerwald, in den letzten Jahren sei vielfach zu groß und zu teuer gebaut worden. In der nächsten Zeit werde vorzugsweise der Bedarf an Kleinwohnungen zu befriedigen sein. Die Opfer, die das deutsche Volk für die Arbeitslosen aufgebracht hat, sei eine Leistung, die in der Weltgeschichte einzig dasteht. Auf längere Sicht kann man optimistisch sein, wenn auch 1931 noch ein schweres Krisenjahr für uns sein wird. In der Aussprache stellten sich die ersten drei Redner, die Abgeordneten Grafmann (Soz.), Dr. Brauns (Ztr.) und Waltrusch (Völkernat.), auf den Standpunkt des Ministers, daß eine weitere Senkung der Reallohne vermieden werden müsse.

In der Sitzung wurden die in der vorigen Woche zurückgestellten Abstimmungen über die Entschädigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittler nachgeholt. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der im Gegensatz zur Ausschussvorlage die Aufhebung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlungsbetriebe bis spätestens zum 30. Juni d. J. verlangt. Die entscheidende Schlussabstimmung der dritten Beratung soll erst später erfolgen. Gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei und der Kommunisten wurde die Novelle zur Kraftfahrzeugsteuer angenommen, die bis zum 1. April 1933 gewisse Änderungen und Erhöhungen bringt.

Am heutigen Freitag, 3 Uhr, wird die Beratung fortgesetzt.

In der Sitzung des Reichstags wurden am Donnerstag mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten die sozialdemokratischen Anträge auf Einkommensteuer für Aufsichtsratsmitglieder und auf eine Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer in den Rechnungsjahren 1930 und 1931 von 5 auf 10 v. H. bei Einkommen von mehr als 20 000 RM. jährlich, angenommen.

Der ursprüngliche sozialdemokratische Antrag ging dahin, die Steuerzuschläge für Jahreseinkommen über 8000 RM. von 5 auf 10 Prozent zu erhöhen. Der neue Antrag, der ein Entgegenkommen der Sozialdemokraten, namentlich gegenüber dem Zentrum bedeutete, wurde bei Stimmhaltung des Zentrums angenommen. Die Entscheidung über den weiteren sozialdemokratischen Antrag, auf Erhöhung der Vermögenssteuer, wurde zurückgestellt.

Der Rechtsausschuß des Reichstags stimmte dem Gesetzentwurf gegen Waffenmißbrauch zu, der an die Stelle der gleichlautenden Notverordnung treten soll und den Verkehr mit Sieb- und Strohhaften regelt.

Der handelspolitische Ausschuß des Reichstags hat am Donnerstagabend nach längerer Debatte das Genfer Wirtschaftsabkommen mit den 15 Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, der Kommunisten und zweier Vertreter des Zentrums angenommen. Gegen die Vorlage stimmten die Wirtschaftspartei, die Bayerische Volkspartei, das Landvolk und die Volkspartei. Ein Zentrumsabgeordneter enthielt sich der Stimme.

### Kleine Chronik

Am Mittwoch löste sich bei Bazarath am Rhein an der Felsnahe in der Nähe des Distrikts Dell ein großer Felsblock und stürzte mit ungeheurer Wucht in die Tiefe. Er durchschlug an zwei Stellen das Eisengelenker der Bahnstrecke, riß einen Betonstützblock um, setzte auf die Schienen der Bahnstrecke Koblenz-Bingerbrück auf und landete schließlich im Rhein. Zum Glück wurden zur Zeit des Felssturzes weder die Landstraße noch die Eisenbahnbrücke befaßert.

Auf der in Bodum gelegenen Schichtanlage Engelsburg der Vereinigten Stahlwerke ereignete sich heute nachmittag gegen 1 Uhr ein harter Wassereinbruch. Die tiefste Sohle von Engelsburg nebst Pumpenanlage steht unter Wasser. Die Belegschaft der Nachtshift konnte rechtzeitig zurückgezogen werden.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel, soll in Südrussland die Pest ausgebrochen sein. Das türkische Kabinett habe beschlossen, vorläufig die Grenze zu sperren, außer an einem einzigen Grenzübergang, wo Reisende aus Russland sich impfen lassen und sich in eine fünf-tägige Quarantäne begeben müssen.

Die Verschärfung der politischen Lage in Thüringen. Die politische Spannung zwischen den Koalitionsparteien des Thüringischen Landtags, die seit geraumer Zeit erkennbar zu fühlen war, hat sich verschärft. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat dem Vorsitzenden des Interfraktionellen Ausschusses der Koalitionsparteien, Marschler, mitgeteilt, daß sie jede Teilnahme an interfraktionellen Sitzungen ablehnen müsse, da die Antwort, die von den Nationalsozialisten am Mittwoch der Volkspartei erteilt worden sei, kein Entgegenkommen gegenüber der Deutschen Volkspartei bedeute, sondern eine Verschärfung der Lage bringe.

Betriebsbeschränkung in der Baumwollindustrie. Bisher haben sich von den deutschen Baumwollspinnereien 85 bis 88 Prozent verpflichtet, die vorgegebene Betriebsbeschränkung durchzuführen. Diese wird daher, wie vorgehoben, am 18. März durchgeführt werden.

Prof. Dr. Gehlhoff. Professor Dr. Gehlhoff, Direktor der Ostram-AG, Berlin, erkrankte vor drei Tagen in Zermatt, wo er zur Kur weilte, nach einer chronischen Mittelohrentzündung an einer Gehirnhautentzündung und starb Donnerstag im Krankenhaus von Siders. Er war ein bekannter Pflanzler, Wissenschaftler und Erfinder der Vitaluz-Lampe.

Ein Munitionslager in Pommern. Auf der Burg Spantem im Kreise Anklam wurde ein Munitionslager, das etwa 10 000 Schuß Maschinengewehrmunition enthielt, ausgehoben.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

29. Sitzung

D. J. Karlsruhe, 12. März.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung wird mitgeteilt, daß die Abg. Hilbert u. Gen. (Bauernp.) ihren Antrag gegen Zulassung eines jollfreien Gefrierfleischkontingents zurückziehen, da nach Mitteilung der Regierung der badische Vertreter im Reichsrat bereits entsprechende Weisung erhalten hat.

Dann wird die Aussprache über

### Die Lage der badischen Holzwirtschaft

fortgesetzt.

Abg. Bod (Komm. P.) widerspricht der Annahme, daß sich die Holzeinfuhr aus Russland gesteigert habe. Was die Sowjetunion tue, sei kein Dumping. Es gehe nicht an, Industrieaufträge aus Russland hereinholen zu wollen, auf der anderen Seite aber die Grenze zu sperren.

Vizepräsident Maier teilt ein Schreiben des Ministers für Kultus und Unterricht mit, demzufolge das Staatsministerium am 9. März einem Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Bekämpfung der Junglehremit die Zustimmung gegeben hat. Die Vorlage wird alsbald dem Landtag zugehen.

Abg. Hagin (Wirtsch. u. Bauernp.) spricht vom Elend der Bauernmassen in Rußland und unterstützt lebhaft die Wünsche und Forderungen der badischen Holzwirtschaft. Er wünscht, daß die Häuser wieder außen und innen mit deutschem Holz gebaut werden.

Abg. Dr. Mattes (D. Vp.) stimmt dem Ausschussantrag zu. Er bittet um sorgfältige Prüfung von Wünschen der Kleingewerbetreibenden in bezug auf den Holzabzug, und schlägt, die Regierung möge einmal eine Denkschrift darüber vorlegen, woher es komme, daß der badische Einfluß in Berlin so oft verjagt.

### Staatspräsident und Innenminister Wittmann

führt aus:

Die Wünsche der Kleingewerbetreibenden werde ich befürwortend dem Finanzminister übermitteln. Dem Abg. Dr. Mattes möchte ich bemerken, daß sowohl der Berichterstatter als der Abg. Duffner anerkennend auf die Tätigkeit der badischen Wirtschaftsbetriebe in Berlin hingewiesen haben. Der Angriff auf die badische Gewandtschaft war ungerechtfertigt. Die Aufweisungen nach Berlin sind äußerst zahlreich, die Notwendigkeit der Gewandtschaft gegeben im Interesse unseres Landes und aller Wirtschaftsbetriebe. Daß wir trotzdem in vielen Dingen geschädigt sind, liegt an anderen Umständen. In Berlin hat man nicht den klaren Blick für die süddeutschen Verhältnisse, und die Trübung des Blicks wäre noch viel stärker, wenn wir die badische Wirtschaftsbetriebe nicht hätten. Wir werden bei der einen oder anderen Gelegenheit zu klagen haben, so über ungenügende Berücksichtigung bei der Elektrifizierung und bei Vergütung von Eisenbahnwagen.

Der Minister fährt fort mit dem Hinweis, daß die Regierung alles getan habe, um für die Holzproduzenten das Mögliche zu erreichen. Wir sind auf die Ausfuhr und Verwendung der süddeutschen Hölzer angewiesen, um der Notlage abzuhelfen. Eine ähnliche Situation wie bei uns treffen wir auch bei der französischen Waldwirtschaft. Es sind also Schwierigkeiten internationaler Art. Nur Rußland ist das einzige glückliche Land, das von der Notlage nicht betroffen wird. Rußland kann sich das leisten, da es so gut wie keine Löhne bezahlt. Das kann dazu führen, die Holzwirtschaft der anderen Länder ruft zu machen.

Die Regierung wird nichts veräuern, um dem Holz wieder mehr Geltung zu verschaffen, etwa auf dem Wege der Landesbauordnung. Vielleicht gelingt es, die Öffentlichkeit für eine veränderte Bauweise, d. h. wieder für den Holzbau zu erwärmen. Ein anderes als das Flachdach ist gewiß gefälliger.

Es folgen die Schlussworte der Abg. Wierl (Nat.-Soz.) und Duffner (Zentr.), sowie des Berichterstatters Abg. Seubert (Zentr.), worauf der Antrag des Haushaltsausschusses gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen wird.

### Die studentische Selbstverwaltung

Abg. Dr. Kerion (Zentr.) berichtet über einen sozialdemokratischen Antrag, die Regierung zu erjuden, in den Bestimmungen über die studentische Selbstverwaltung an den badischen Hochschulen Sicherungen zu schaffen, daß auch den Minderheiten der Studierenden das Mitbestimmungsrecht gewährleistet und dabei die Verhältniswahl angewendet wird. Der Haushaltsausschuß empfiehlt die Annahme des Antrags.

Abg. Geid (Sozdem.) begründet den Antrag mit den Vorkäufen im Heidelberger Aita.

Abg. von Marschall (Nat.-Soz.) lehnt ihn ab.

Abg. Gohlsch (Staatsp.) begrüßt die vom Ausschuß getroffene Lösung.

Abg. Dr. Brähler (D. Natl.) polemisiert gegen die Linke. Diese habe die Hochschulen politisiert. Auf Zurufe bemerkt der Redner, man möge einmal abwarten, bis die Front Hugenberg-Hitler in Aktion trete. (Rufe: Hörl! Hörl!) Im Falle Gumbel sieht der Redner eine der Ursachen, weshalb die Heidelberger Studentenschaft in das nationale Lager hinübergewechselt habe. Man stehe jetzt mitten im Entscheidungslampfe: rechts oder links!

Abg. Bergsch (Soz. Volksp.) stimmt dem Ausschussantrag zu und fügt die Bitte hinzu, auch im Landtag den kleinen Gruppen entsprechend entgegenzukommen.

Abg. Gunkel (Zentr.) stellt gegenüber dem nationalsozialistischen Redner fest, daß die sozialistische Studentenschaft in

Heidelberg nie einen maßgebenden Einfluß hatte. Den Nationalsozialisten sei es vorbehalten geblieben, ein bedauerliches politisches Niveau in die Kreise der Studentenschaft zu bringen.

### Minister Dr. Kemmele

erinnert an die Afta-Sitzungen. Jetzt habe eine andere Praxis Platz gegriffen, nämlich die, die Minorität zu vergewaltigen. Hinsichtlich der Vorgänge in Heidelberg habe man große Geduld an den Tag gelegt. Es handle sich darum, Ordnung innerhalb der Univerſität zu halten. Wenn in der Freiburger Afta-Sitzung ein Propagandaartikel der Nationalsozialisten erscheint, so verhöft das gegen die Sitzungen und gegen den Geist der Afta. Wollte der Minister dazu ſchweigen, so würde er ſich mit Recht den Vorwurf der Pflichtverſäumnis zuziehen. Bei einem Schweigen und Gehelassen der Dinge würde der Univerſitätsbetrieb in ein allgemeines Chaos ausarten.

Abg. Dr. Schmittbühner (D.Nat.) unterstützt die Ausführungen seines Parteifreundes Dr. Brähler und ſagt, nur die Trennung der bürgerlichen Mittelparteien von der Sozialdemokratie werde eine ganz langſame Geſundung bringen. Das ſei ſeine innerſte Überzeugung.

Der Ausſchußantrag wird darauf gegen 5 Stimmen (Deutschnationale und Nationalsozialisten) angenommen.

Ein Geſuch der Gemeinde Korb (Amt Adelsheim) wegen Wiedererrichtung der zweiten Lehrſtelle wird im Anſchluß an die Mitteilung des Miniſteriums des Kultus und Unterrichts vom 16. Februar 1931 für erledigt erklärt.

Es folgt der Bericht des Abg. Eggler (Str.) über den Antrag der Wirtschaftspartei auf

Umlegung öffentlicher Abgaben (Steuern und Gebühren). Der Hauſhaltsausſchuß beantragt, den obigen Antrag durch die Verordnung vom 10. Februar 1931 über die Feſtſetzung der geſchätzten Miete für erledigt zu erklären.

Abg. von Au (Wirtschp.) ſetzt ſich nachdrücklich für die Umlegung ein. Der Hauſbesitzer wolle nichts anderes, als daß ihm die Mittel belaſſen werden, die er zur Inſtandhaltung brauche.

Abg. Ulrich (Zentr.) nimmt den Miniſter gegen Vorwürfe aus Hauſbesitzer- und Mieterkreiſen in Schutz und meint, man hätte bei gutem Willen zu einer Verſtändigung kommen können.

Abg. Margloff (Sozdem.) wendet ſich gegen den Abg. von Au und ſtimmt dem Ausſchußantrag zu.

Es ſt inzwiſchen 8 Uhr geworden und die Preſſeberichterstatter ſtellen ihre Tätigkeit ein.

Wie aus dem Landtag mitgeteilt wird, hat dann noch Staatspräſident und Innenminiſter Wittenmann zu dem Antrag von Au auf Umlegung der öffentlichen Abgaben geſprochen. Der Antrag wurde im Sinne des Ausſchußbeſchlusses für erledigt erklärt.

Nächſte Sitzung unbeſtimmt. (Vorausſichtlich am 24. März.)

## Die Woche des Handwerks

Das geeinte deutſche Handwerk herantat in der Zeit vom 16. bis 22. März 1931 unter der Schutzherrschaft des Ehrenmeiſters des deutſchen Handwerks, Reichspräſident von Hindenburg, eine großartige Werbung für handwerkliche Qualitätserziehung.

Die Reichshandwerkswoche hat den Zweck, die Öffentlichkeit, d. h. die Verbraucherſchaft auf den Verfallſtand Handwerk und ſeine Leiſtungsfähigkeit hinzuweiſen, das im Rahmen der deutſchen Volkswirtschaft einen bedeutenden Platz einnimmt. Das deutſche Handwerk in ſeiner Geſamtheit umfaßt 1 300 000 Betriebe, die 8 Millionen Volkſangehörige ernähren. 2 Millionen Geſellen und Lehrlinge werden darin beſchäftigt; 3 Milliarden Löhne werden bezahlt. Der jährliche Umlauf wird auf circa 20 Milliarden Reichsmark geſchätzt.

Was das Handwerk in ſeiner Werbeweche will, iſt, die Öffentlichkeit an ſeine Exiſtenz erinnern und ſie zu veranlaſſen, über die Leiſtungen des Handwerks nachzudenken.

Ihren Auftakt hat die Handwerkswoche in den Kundgebungen, die im ganzen Reich abgehalten werden. Im Bezirk der Handwerkskammer für die Kreiſe Karlsruhe und Baden findet eine ſchöne Eröffnungsfeier der Reichshandwerkswoche am Sonntag, den 15. März, im Städtiſchen Konzerthaus in Karlsruhe um 1/11 Uhr ſtatt. Reichs-, ſtaatliche und ſtädtiſche Behörden ſind geladen, um ſie mit den Sorgen und Nöten, aber auch den Hoffnungen und dem Vertrauen des Handwerks auf die ihm innewohnende Kraft und Verharlichkeit vertraut zu machen.

Das Publikum wird durch Hauswerbung zur Förderung des Handwerks aufgefordert. Schon ſeit Wochen arbeitet das Handwerk und ſeine Organisationen vor; Werbeplakate und Werbeſigelmarken ſind verbreitet worden. Handwerker mit Ladenräumen bereiten zu einer dem Zwecke der Veranstaltung entſprechenden Schaufenſterdekoration vor. Es ſind ferner — ganz den Forderungen der Gegenwart entſprechend — Werbevorträge durch den Süddeutſchen und den Südweſtdeutſchen Rundfunk vorgeſehen.

Das Badische Landesgewerbeamt, die Gewerbeförderungsſtelle Badens, hat ſeine Miſſiſſe zu dem Gelingen der Aktion zugeſagt, indem es eine Ausſtellung in der Landesgewerbehalle veranſtaltet, die, dem Charakter der Reichshandwerkswoche angepaßt, eine Fülle auſerleſener Erzeugniſſe aus handwerklichen Betrieben bietet. Beachtung verdient ferner das Organ der vier badiſchen Handwerkskammern, die Zeitung „Das Badische Handwerk“, die in einer beſonders ausgeſtatteten Nummer die Vorzüge handwerklicher Arbeit herausſtellt und reiche Illuſtrationen bietet.

Private Verbraucherſchaft, ſtaatliche und ſtädtiſche Stellen werden zweifellos angeregt werden, ſich mit der Frage Handwerk und Handwerksarbeit zu beſchäftigen. Der Konſument wird am beſten bedient, wenn er ſeine Beſtellung im Handwerksbetrieb aufgibt, in dem er ſachmänniſch und individuell beraten wird. Handwerksarbeit iſt Qualitätsarbeit.

## Die Einlagenbeſtände bei den badiſchen Sparkaſſen

Die Einlagenbeſtände der 143 badiſchen öffentlichen Sparkaſſen betragen Ende Januar d. J. 632,4 Millionen Reichsmark. Davon entfallen auf Spareinlagen 569,9 Millionen Reichsmark — darunter 116,8 Millionen Reichsmark aufgewertete Sparguthaben — und auf Depoſiten, Giro- und Kontoforrenteinlagen 62,5 Millionen Reichsmark, während die Depoſiten, Giro- und Kontoforrenteinlagen annähernd auf dem Stand am Ende des Vormonats geblieben ſind, haben ſich die Spareinlagen um 8,6 Millionen Reichsmark (bei Berücksichtigung von 1,2 Millionen Reichsmark vorzeitiger Rückzahlungen an Aufwertungsſparguthaben um 2,4 Millionen Reichsmark) vermehrt.

Die Einzahlungen betragen im Berichtsmonat 24,8 Millionen Reichsmark, die Rückzahlungen 21,2 Millionen. Die Summe der kapitaliſierten Zinſen betrug im Monat Januar 8,5 Millionen Reichsmark. Die Geſamtvermehrung der Spareinlagen (Einzahlungsüberſchuß und Zinſen) im Monat Januar macht ſomit 10,9 Millionen Reichsmark aus. Auch die für den Monat Februar bis jetzt vorliegenden Nachrichten laſſen ein weiteres Anwachen der Sparkapitalien bei den badiſchen öffentlichen Sparkaſſen erkennen.

## Aus der badiſchen Induſtrie

Stillegung des Zellſtoffbetriebes in Waldhof. Wie ſchon gemeldet, wird die Zellſtofffabrik Waldhof demnächſt wegen der Einſchränkungsmaßnahmen, die von den europäiſchen Zellſtofffabrikanten beſchloſſen wurden, ihr Werk Waldhof vorübergehend ſtillegen. Wie verlautet, ſind die Verhandlungen darüber mit dem Demobilisationskommiſſar noch im Gange. Man rechnet damit, daß die Stillegung etwas Ende März oder Anfang April vorgenommen und etwa 6 Wochen dauern wird.

Um die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsſpruchs in der Textilinduſtrie. Die Nachverhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsſpruchs in der badiſchen Textilinduſtrie vom Februar d. J. in Berlin ſind noch zu keinem Abſchluß gekommen. Das Reichsarbeitsminiſterium wird in den nächſten Tagen über die Verbindlichkeitsklärung oder über eine anderweitige Regelung die Entſcheidung treffen. Die von den Gewerkschaften vorgeſchlagene Vereinbarung wurde von den Arbeitgebervertretern abgelehnt.

## Aus der Landeshauptſtadt

Straßenſammlung der Rotgemeinſchaft. Am Sonntag, den 15. d. M., wird die Karlsruher Rotgemeinſchaft leſtmal in dieſem Winterhalbjahr eine Haus- und Straßenſammlung vornehmen laſſen. Zur Durchführung haben ſich die Karlsruher Jugendbünde, die ſich ſchon ſo oft vorbildlich in den Dienſt der Nächſtenliebe geſtellt haben, bereit erklärt. Die jugendlichen Sammler, die an ihrer Armbrunde und der mitgeführten Sammelbüchſe kenntlich ſind, geben als Gegenleiſtung für jede Spende eine weiße Marguerite aus. Außerdem führen die Sammler Notabzeichen mit ſich. Es ſt hier leſtmal Gelegenheit geboten, das geſchmackvolle Karlsruher Notabzeichen im Straßenverkauf zu erwerben. Jeder Käufer eines Notabzeichens erhält ſelbſtverſtändlich auch ſeine Anſtecknadel.

Winterſportverkehr. Am Samstag, 14. März, verkehrt wieder der Sportſonderzug 2800, Mannheim (ab 14.30) über Schwetzingen (Heidelberg ab 14.33), Karlsruhe (ab 16.00) bis Offenburg. In Wühl und Achern ſind Anſchlußzüge nach Oberbühlertal bzw. Ottenhöfen vorgeſehen. In Offenburg beſtehen unmittelbare Anſchlüſſe Richtung Freiburg und Richtung Schwarzwaldbahn.

Einbruch in ein Karlsruher Pelzgeſchäft. In der vergangenen Nacht wurde im Pelzgeſchäft Auguſt Sauerwein, Kaiſerſtr. 170, ein Schaufenſtereinbruch verübt. Die Pelzmaſcher ſchnitten aus der rechten unteren Ecke des Schaufenſters mittels Glasſchneiders ein großes Loch heraus und gelangten durch dieſes in das Innere des Ladens. Nach den biſherigen Feſtſtellungen ſind den Einbrechern Pelzwaren im Werte von etwa 20 000 RM in die Hände gefallen.

Badiſches Landestheater. Der am lezten Mittwoch in der Feſtſtalle zugunſten der Karlsruher Rotgemeinſchaft unter der Leitung von Generalauſſichtsdirektor Joſef Krips mit großem Erfolg gegebene Wiener Abend des Landestheaterorchesters wird am Samstag, den 21. März, im Landestheater wiederholt, was ſicherlich von vielen Freunden der Wiener Muſik begrüßt werden wird. Im Programm treten Änderungen nicht ein. Als Soliſtin wirkt wieder Opernſängerin Lotte

Siſchbac mit. Die Preiſe ſind vollſtändig gehalten. Der Vorverkauf beginnt am nächſten Montag. Es ſt zu erwarten, daß die beliebten Wiener Weiſen erneut ihre Anziehungskraft nicht verſehen werden.

Colosseumtheater. Wie uns von der Direktion mitgeteilt wird, beginnt am kommenden Montag, den 16. d. M., abends 8 Uhr, das Gaſtſpiel der großen Pariſer Brantebue „Le Chic de Paris“ mit Rougemont. Dieſes Gaſtſpiel dürfte den Glanzpunkt der dieſsjährigen Spielſaiſon bilden. Die Revue iſt hiſtoriſchlich Perſonal, Koſtüm, Dekorations und Muſik auf das glänzendſte zuſammengeſtellt. Es ſind als Hauptnummern engagiert: Lily Dally, eine „Phantaſiſte“, von der man ſagt, daß ſie eines Tages die Miſtinguett erſehen wird. Ferner das berühmte akrobatiſche Tänzertrio Marwynns vom Kasino de Paris. Außerdem Rougemont, der Partner von Miſtinguett. In den Hauptnummern ſind ferner beſchäftigt: Miſ Marcell, die bekannte Inſtrumentphantasiſtin, welche 15 Inſtrumente ſpielt. Ferner die Schweiſter Caprice, der berühmten French Cancan du Moulin Rouge (d. h. vier echte franzöſiſche Cancan-Tänzerinnen, außerdem die übrigen, zum großen Teil deutſch ſprechenden Soliſten und 25 der hübfcheſten und eleganten Pariſerinnen. Le Chic de Paris zeigt 30 Bilder in unergleichlicher Farbenpracht, wobei die von erſten Pariſer Firmen eigens hierfür angefertigten Dekorations- und über 600 Koſtüm ihre Wirkung auf das Publikum nicht verſehen werden.

Wetterbericht der Badiſchen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Baden iſt geſtern allmählich unter den Einfluß des von England über Frankreich und Süddeutſchland verlaufenden Hochdruckrückens gekommen. Nur vereinzelt ſalten daher bei uns noch Niederschläge. Im Laufe des Nachmittags ſetzte Aufheiterung ein, die noch anhält. In der klaren Nacht ſtand die Temperatur infolge der ſtarlen Ausſtrahlung abermals erheblich unter dem Gefrierpunkt (Mehenebene -7 Grad, Saar -20 Grad), nachdem geſtern mit Ausnahme des Hochſchwarzwaldes die Temperatur bis 3 Grad über Null geſtiegen war. Da die vom Atlantischen Ocean oftmals vorrückende Zyklone uns morgen noch nicht erreicht, iſt zunächſt Fortbeſtand der heiteren Witterung zu erwarten. — Vorausſage: Reift heiter, trocken, Nachfröſte, tagsüber zunehmend wärmer bei ſchwacher Luftbewegung.

Wasserstände: Waldſhut 284 —6, Waſel 102 —8, Schuſterinjel 164 —3, Rehl 315 —7, Marau 502 —12, Mannheim 482 —18, Caub über 200.

## Handel und Wiſchaft

### Berliner Deviſennotierungen

	19. März		12. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amſterdam 100 G.	168.21	168.55	168.24	168.58
Kopenhagen 100 Kr.	112.22	112.44	112.20	112.42
Italien . . . 100 L.	21.99	22.03	21.98	22.02
London . . . 1 Pf.	20.388	20.428	20.383	20.423
New-York . . 1 D.	4.1970	4.2050	4.1960	4.2040
Paris . . . 100 Fr.	16.421	16.461	16.422	16.462
Schweiz . . . 100 Fr.	80.72	80.88	80.74	80.90
Wien 100 Schilling	58.99	59.11	58.97	59.09
Prag . . . 100 Kr.	12.434	12.454	12.429	12.449

# Warum Kaffee Hag? Warum coffeinfrei?

Wenn Sie einmal ſpät abends ſtarlen Bohnenkaffee getrunken haben, werden Sie wiſſen, daß er einen Bestandteil enthält, der imſtande iſt, das Einſchlafen zu erſchweren. **Dieſer Bestandteil iſt excluſivlich das Coffein.**

Das haben unzählige wiſſenſchaftliche Verſuche in allen Ländern der Welt zweifelsfrei erwieſen.

**Die ſchlafſtörenden Wirkungen, die gewöhnlicher Bohnenkaffee hervorrufen kann, beruhen auf der Fähigkeit des Coffeins, die Nerven und das Herz aufzupelzſchen.**

Außer den Wirkungen des Coffeins auf Herz und Nerven, iſt ſeine unmittelbare Reizwirkung auf die Nieren beachtenswert. Auch bei der Gicht pflegen die Ärzte coffeinhaltige Getränke zu verbieten.

Um das Coffein auszuschalten, braucht niemand auf ſeinen lieb gewordenen Kaffeegenuß zu verzichten.

Deutſche Wiſſenſchaft, deutſcher Erfindergeiſt haben einen Ausweg gefunden. **Seit 24 Jahren gibt es einen völlig unſchädlichen Bohnenkaffee, und das iſt Kaffee Hag.** Der coffeinfreie Kaffee Hag iſt nicht nur leicht bekömmlich, ſondern unter jeder Vorausſetzung unſchädlich. **Coffeinfrei und völlig unſchädlich, darauf kommt es an. Fragen Sie Ihren Arzt, er wird es Ihnen beſtätigen.**

Mehr als 20 000 Ärzte haben ſich ſchriftlich über Kaffee Hag anerkennend geäußert. — Der coffeinfreie Kaffee Hag wird heute in 39 Ländern der Erde getrunken.

**Es iſt ſo, wie wir ſchon vor 11 Jahren ſagten: Kaffee Hag bleibt Kaffee Hag**

Jetzt nur noch RM 1.62 das große, 81 Pfg. das kleine Paket  
RM 1.71 die Vakuumdoſe

**Von den Börsen**

Die abgelaufene Börsenwoche (bis 12. März) zeichnete sich durch eine besonders freundliche und widerstandsfähige Stimmung aus. Trotz teilweise schwächerer Auslandsbörsen war die Tendenz in Berlin und Frankfurt fast durchweg fest. Inland und Ausland erschienen als Käufer am Markt. Teilweise war die Nachfrage so stark, daß die Kurse mit plus plus Zeichen erschienen. Bemerkenswert war die Interessensverlagerung an der Börse. Das Interesse wandte sich Montanwerten und Maschinenwerten zu. Maßgebend dafür war in erster Linie das günstige Ergebnis der deutschen Industriellenreise nach Rußland. Aber auch sonst lagen eine Reihe von günstigen Momenten vor. Die Börse selbst blieb bei alledem sehr zurückhaltend. Die Banken sind wohl noch längere Zeit in der Lage, die Publikumsinteressen zu befriedigen.

Unter Schwankungen erhöhte sich zwar das Kursniveau, doch blieben die Anfang Februar bemerkten starken Kursreaktionen aus. Am Bankmarkt konnte Berliner Handel den Vormittag um 5 1/2 Punkte auf 130,5 erhöhen, während Dresdner und D.D.-Bank von 107 auf 109 stiegen. Auf dem Montanmarkt verbesserten sich Buderus von 51 auf 59 1/2, Gelsenkirchen von 79,5 auf 90 1/2, Harpener von 75 auf 84, Hoehs von 67,25 auf 78, Klödner von 60,25 auf 71 1/2, Rheinisch von 74,25 auf 84 1/2, Rheinische Braunkohle von 166,75 auf 187,5 und Vereinigte Stahlwerke von 60,25 auf 68 1/2. Auch Anleihen lagen durchweg fester. Das Pfandbriefgeschäft hat bei fester Tendenz etwas nachgelassen.

Die Schöpfermeier Handelskammer nahm auf ihrer am Dienstag stattgefundenen Vollversammlung eine Senkung des Umlagesfußes von 3 auf 2 1/2 % vor. Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß die Versammlung die Abschaffung der Tagesgelber einstimmig beschloß, auch konnten andere Ausgabeleistungen weitestgehend gestrichelt werden, so daß der Ausgabeetat für 1931 gegenüber 1930 eine Kürzung von über 10 Proz. aufweist.

Die Württembergische Notenbank hat im abgelaufenen 59. Geschäftsjahr einen Reingewinn von 630 509 (i. V. 1 035 735) Reichsmark erzielt, aus dem nach Abzug der Zantien, Gratifikationen und Abschreibungen eine Dividende von wieder 7 v. H. der Generalversammlung vorgeschlagen werden soll, die auf den 30. März d. J. einberufen ist. Dem Reservefonds sollen 70 000 Reichsmark überwiesen und dem Staat als jahungsgemäßer Gewinnanteil 70 169 Reichsmark zugeführt werden. Der Rest zuzüglich des Gewinnvortrags aus dem Jahre 1929 in Höhe von 364 421 Reichsmark soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die französische Daimler-Benz-Gründung. Zur Gründung der Compagnie des Diesel-Motors zur Verwertung der Daimler-Benz-Patente in Frankreich für Dieselmotorentrieb von Lastkraftwagen teilt die „Frankf. Ztg.“ noch mit, daß die Daimler-Benz-Gesellschaft für ihre Einbringungen 0,6 Mill. Franken von insgesamt 3 Mill. Franken Aktienkapital der französischen Gesellschaft erhalten hat.

330. Bruchsal. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Andreas Sauer, Zigarrenfabrik** in Bruchsal ist die Verwertung der Konkursmasse beendet und die Schlussrechnung durch den Gläubigerausschuß geprüft. Nach Abzug der Kosten des Verfahrens und der an die absonderungsberechtigten Gläubiger auszahlenden Beträge beträgt die zur Verteilung an die Konkursgläubiger vorhandene Masse 10718,52 RM. Hieron sind zu befriedigen die Konkursgläubiger gemäß § 61 Ziffer 2 der K.O. mit

6 205,32 RM

Zur Verteilung an die Konkursgläubiger gemäß § 61 Ziffer 1 der K.O. verbleiben somit

4 513,20 RM

Die Forderungen der Gläubiger gemäß § 61 Ziffer 2 der K.O. betragen 8 205,32 RM. Die Konkursquote für diese Gläubiger beträgt somit 55 %.

Die Konkursgläubiger gemäß § 61 Ziffer 3-6 der K.O. fallen mit ihren Forderungen aus.

Die Gläubiger gemäß § 61 Ziffer 1 der K.O. haben in Höhe von 5555,27 RM. bereits im Jahre 1928 Zahlung erhalten.

Von den Gläubigern gemäß § 61 Ziffer 2 der K.O. haben im Jahre 1929 Zahlung erhalten:

Das Finanzamt Bruchsal mit . . . . . 3 013,90 RM  
Die Gemeindefasse Elsenz mit . . . . . 207,52 RM  
zusammen . . . . . 3 221,42 RM

Bruchsal, den 11. März 1931.

Der Konkursverwalter:  
Rechtsanwalt **Fritz Reinmuth** in Bruchsal  
Schloßstraße 4a.

Die Gesellschaft Verlag **Deutschland G. m. b. H.** in Baden-Baden ist aufgelöst. Gläubiger werden aufgefordert, sich bei dem unterzeichneten Liquidator zu melden.  
L. 31.  
Baden-Baden, 11. 3. 31.  
Gungelbach 15.  
Eberts.

Ettlingen, N. 347.  
Güterrechtsregisteramt.  
Band II Seite 116:  
Schlager, Josef, Gärtnermeister in Ettlingen, und Anna geb. Pfaler. Vertrag vom 18. Februar 1931: Erbschaftsgegenstand mit Vorbehaltsgut der Frau. Ettlingen, den 11. März 1931.  
Amtsgericht.

Offenburg, N. 345.  
Güterrechtsregisteramt.  
Wd. II S. 246: Heinz Walser, Kaufmann in Offenburg, und Erna geb. Kerler. Vertrag vom 14. Januar 1931: Das gesamte gegenwärtige und zukünftige Vermögen der Ehefrau, Erna Walser geborene Kerler wird als Vorbehaltsgut erklärt.  
Offenburg, 10. III. 1931.  
Amtsgericht III.

**Wohlfahrtspflege**

Seitfaden für die mittleren Verwaltungsprüfungen in Baden  
Von Dr. jur. et. rer. pol. Franz Häßel, Stadtverordneter  
77 Seiten. Preis geb. 1,40 RM

L. 29  
Bad. Kommunalverlag G. m. b. H., Karlsruhe  
Vertrieb: Karl-Friedrich-Straße 14

**Geschäftliches**

Gerade im Frühjahr heißt es achtsam auf die Gesundheit. Der Körper ist durch die klimatischen Einflüsse des nachkalten Winters geschwächt. Durch die düsteren Tage, Nebel, Stürme und Regen ist die Stimmung gereizt. Es heißt Vorsicht üben in den Genussmitteln, will man die Nervosität nicht noch steigern. Am besten bekommt Kaffee Hag, der erstklassige Bohnenkaffee; er schont Herz und Nerven, ist koffeinfrei und vollkommen ungeschädlich. Er schmeckt vorzüglich; sein Aroma ist nicht zu überbieten.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

**Der Birkle-Prozess**

7 Jahre Zuchthaus gegen beide Angeklagte beantragt.  
D. B. Freiburg, 13. März. (Tel.) Am heutigen 13. Verhandlungstage des Birkle-Prozesses konnte erst heute die Beweisaufnahme geschlossen werden, von der Verteidigung waren noch weitere Beweisanträge angehängt, da ihr der Komplex der schweren Depotunterschlagungen noch nicht gelöst erscheint. Sie behauptet, daß diese nur dann vorliege, wenn dem Bankier die Möglichkeit des Rückkaufs bei Vornahme der Exekution gegeben gewesen wäre. Die Staatsanwaltschaft bestritt den Standpunkt, daß der Tatbestand der Unterschlagung gegeben sei. Wenn jemand einen Hundertmarkschein unterschlägt und bringt ihn am nächsten Tag zurück, so hat er unterschlagen. Das gleiche müsse auch von einer Effekte gelten.

Weiter wurde nochmals der Aufwands Herlings erörtert. Anlaß dazu gab ein Schreiben der Älterenvereinigung der katholischen Verbindung Hohenhausen, die bestritt, daß die Verbindung ein mit 10 000 RM belastetes Konto gehabt habe, das Herling auf sein Privatkonto übernahm. Entgegen diesem Schreiben wird festgestellt, daß Herling tatsächlich für die Verbindung derartige Aufwendungen gemacht hat, u. a. für Fuchsbummel, Erntepfeifen usw. Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen beide Angeklagte eine Gesamtstrafe von je 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

H. Heidelberg, 12. März. Sehr große Linien, auf denen ab 1. Juni d. J. Fernreise-Dienstleistungen fahrplanmäßig berfahren werden, wurden von der „Interessengemeinschaft Deutscher Fernreise-Verkehr“ während der letzten Monate eingerichtet. Diese Linien dehnen sich von Hamburg bis Luzern, von Dresden bis Paris, von Köln bis München, und im Schnittpunkt all dieser Linien liegt Heidelberg.

D. Adelsheim, 13. März. Der Ehrenbürger unseres Städtchens, Regierungsrat a. D. Gottlieb Graef in Karlsruhe, vollendete gestern sein 75. Lebensjahr. Dankbar gedachte man seiner Verdienste, die er sich um seine Vaterstadt Adelsheim erworben hat. Die Verschönerung und Neubelebung des Ortsbildes lag ihm allezeit am Herzen, und er hat auch durch schriftstellerische Tätigkeit den Namen Adelsheims in die Ferne getragen.

D. Emmendingen, 12. März. Verwaltungsinspektor **Guggenbühler** beim hiesigen Bezirksamt wurde wegen Unterschlagung im Amt verhaftet. Der ungetreue Beamte hatte die Kasse zu verwalten und ließ sich dabei Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen.

D. Badstut, 12. März. Carl Zimmermann, der Verleger des „Ab-Voten“ in Badstut in Baden wird heute 60 Jahre alt. Der „Ab-Vote“ erscheint im 61. Jahrgang. Das Blatt war von Carl Rud. Gutsch in Vorrath gegründet worden, der sein Badstuter Geschäft 1890 an Heinrich Zimmermann aus Hültingen (den Vater Carl Zimmermanns), abtrat. In den nunmehr 28 Jahren, in denen Carl Zimmermann die Firma führt, hat sich die Zeitung zu einer über die engeren Grenzen ihres Verbreitungsgebietes hinaus bekannten und geachteten Heimatzeitung der besten Art entwickelt.

**Staatsanzeiger**

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Tiefbauwesen.  
Die Nachgenannten haben die im Februar 1931 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Tiefbauwesen bestanden und hierdurch nach der Verordnung vom 24. Januar 1925 die Berufsbezeichnung  
„staatlich geprüfter Baumeister“  
erlangt.

Adam Otto aus Aßern, Baas Karl aus Rixden, Blas August aus Hainstadt, Brandmeier Karl aus Karlsruhe, Glackner Karl aus Heidelberg, Jischer Emil aus Karlsruhe, Ganger Peter aus Karlsruhe, Had Konrad aus Trochelfingen in Hohenzollern, Henrici Theodor aus Neckermühlbach, Hiller Karl aus Karlsruhe, Huber Konrad aus Deßloch, Joos Hugo aus Karlsruhe, Jzsele Johannes aus Karlsruhe, Kahlenberg Hans aus Rorzhelm, Langendörfer Hermann aus Weingarten, Lauer Richard aus Mannheim, Münt Adolf aus Hochemmingen, Nied Andreas aus Sedach, Nöhler Alfred aus Spöck, Schlamp Bernhard aus Ew. Neuenbrunn, Schneider Walter aus Freiburg, Seifert Wilhelm aus Neunkirchen a. d. Saar, Sobu Adolf aus Karlsruhe, Stolz Eugen aus Schillingen, Treiber Wilhelm aus Oberrotweil, Reichardt August aus Singen a. S., Weis Erwin aus Himmelingen, Widmann Erwin aus Neureisach, Wolf Ernst aus Heidelberg.

Karlsruhe, den 10. März 1931.  
Der Finanzminister.  
J. B.: Sammet.

**Personeller Teil**

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten  
Aus dem Bereich des Finanzministeriums  
Ernannt:  
Oberforstrat **Emil Kurz** bei der Forstabteilung zum Landesforstmeister.

**Für die Konfirmation**  
nur Wein vom Verein

Verlangen Sie in unseren Verteilungsstellen eine Weinpreisliste: wir wissen, daß Sie in der großen Auswahl selbstausgebauter Edelweine sowie billiger weißer und roter Tischweine

**etwas Passendes**  
finden.

**Unsere Badener Weißweine**

Auggener, Laufener, Ihringer Winkler, Achkarrer, Oberrotweiler . . . . . Fl. m. Glas 1,00  
Neuweierer Altenberg Riesling Spätlese . . . . . 1,35  
Markgräfler Edelwein . . . . . 1,50  
Bad. Rotweine: Affentaler u. Waldulmer . . . . . 1,75

**Pfälzer-, Rhein- und Moselweine:**

Edesheimer Weißwein . . . . . Lit. o. Glas 0,65  
Kallstadter Rotwein . . . . . 0,65  
Tischwein II . . . . . 1,10  
Pfälzer Rotwein . . . . . 1,10  
Deidesheimer Tiergarten . . . . . Fl. m. Glas 1,25  
Zeller Schwarzer Herrgott . . . . . 1,45  
Niersteiner Neunmorgen . . . . . 1,75  
Nenniger Schloßberg 1927 er . . . . . 1,25  
Piesporter Günterslay . . . . . 1,70  
Hardter Rotwein . . . . . 0,95  
Dürkheimer Rotwein . . . . . 1,05  
Ingelheimer Rotwein . . . . . 1,25

Neu eingetroffen:

1928 er Dürkheimer Schenkenbühl . . . . . 1,70  
Weißer Bordeaux Haut Sauternes . . . . . 1,90  
Malaga dunkel und Gold in billigeren u. feinst. Sorten  
Abgelagerter Insel Samos, Portwein, Sherry, Madeira  
Schaumweine alle gangbaren Sorten  
Spirituosen: Weinbrand, Kirschwasser, Himbeergeist und Liköre  
Abgabe nur an Mitglieder

**Lebensbedürfnisverein**  
Karlsruhe L. 32

**Badisches Landestheater**  
Samstag, 14. März 1931  
\* C 18. Th.-Gem. II. S.-St. und 1201-1300  
**Sylvia kauft sich einen Mann**  
Von Alexander Engel  
Regie: v. d. Trenck  
Mitwirkende:  
Ermarich, Abhoff, Schreiner, Hebeisen, Graf, Just, Kuhne, Luther, Müller, Prüter, Schulze, Seibert, S. Müller, S. Kienjersch  
Anfang 20 Ende geg. 22  
Preise A (0,70-5 RM)

Reichsbahn-Neubauamt  
Freiburg i. Br.,  
Wilhelmstr. 48.

**Bau-Vordrucke**

Ren!  
**Landesbestimmungen**  
über die  
**Förderung des Wohnungsbaues**  
vom 9. Februar 1931

Ren!  
**Landessonderdarlehen-Gesuche für Bauvereinigungen**

**Wohnungsbandarlehen-Gesuche**  
Anträge betr. Gewährung von Zinszuschüssen zu Neubautwohnungen für Beamte 1930 und 1931  
Wertverträge  
Besondere Vertragsbedingungen für die Vergabung von Bauleistungen

Druckerei G. Braun G. m. b. H., Karlsruhe,  
Karl-Friedrich-Straße 14